den Auftrag gegeben, drei Kriegsschiffe der kolonialen Reserve auszurüsten. Ihre Indienststellung soll indeß erst nach eingeholtem Kammerbeschluß erfolgen.

— Der Handels- und Zollvertrag zwischen Deutschland und Belgien ist gestern im Auswärtigen Amte paraphirt worden. Die Paraphirung des Handels- und Zollvertrages zwischen Oestreich-Ungarn und Belgien steht unmittelbar bevor.

— Die deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, Landeskultur-Abteilung, hat Vorschläge für Verbesserung des deutschen Wasserrechts, aufgestellt vom Sonderausschuß für Wasserrecht, veröffentlicht. Die Publikation ist ein Sonderabdruck aus dem Jahrbuche der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft.

— Emin Pascha soll einen Brief an das Gouvernement in Dar-es-Salaam gesandt haben, worin er die Mitteilung macht, er betrachte sich nicht mehr als in deutschen Diensten stehend. Seine bewaffnete Macht beim Verlassen des deutschen Interessengebietes bestand, wie das „Berl. Tagebl." wissen will, aus fünfzig Sudanesen. Lieutenant Langheld in Bukoba soll durch Lieutenant Herrmann, der früher Mpwapwa befehligte, abgelöst werden. Lieutenant Sigl in Tabora wird durch Dr. Schwesinger abgelöst. Lieutenant Elpons verbleibt in Mpwapwa.

— Dem „Deutschen Kol.-Blatt" zufolge sind dem Malariafieber in Finschhafen in den ersten Monaten des Jahres 1891 erlegen von Beamten der Neu-Guinea-Kompagnie: der General-Direktor Ed. Wijhmann, die Kaufleute Friedrich Jäger, Heinrich Christer und Konrad Ritzer, der Bureaubeamte Unteroffizier Karl Mai, der Lagerbeamte Unteroffizier Karl Ludwig und der Dr. med. Weinland. Außerdem sind gestorben: der Gerichtsvollzieher Langmaak, der Tabakpflanzer Lutz und der Kapitän Weller, letzterer auf der Fahrt der „Esmeralda" von Mole-Insel nach Europa. Getödtet wurden der Stationsbeamte B. v. Moisy in der Franklin-Bai und der Arbeiteraufseher Ludwig Müller bei Hafeldthafen. Ertrunken ist der Kaufmann Martin Hilger. Von Beamten der Landes-Verwaltung starben im Januar in Finschhafen der Sekretär Hildebrandt und der Gerichtsschreiber Apell. — Der Premier-Lieutenant Volckamer von Kirchensittenbach, sowie der Assistenzarzt Dr. Richter, beide für die wissenschaftliche Expedition im Süden von Kamerun bestimmt, sind Anfang Oktober im Schutzgebiet angelangt. — Premier-Lieutenant Kling, auf einer wissenschaftlichen Expedition in das Hinterland von Togo begriffen, ist im September wohlbehalten auf der Station Bismarckburg eingetroffen. — Der Kompagnieführer in der ostafrikanischen Truppe Rochus Schmidt ist in Berlin eingetroffen. Er wird zunächst in Deutschland bleiben, um seine Gesundheit wieder herzustellen.

Paris, 2. Dezember. Grimaldien, Bischof von Cahors, welcher zum Erzbischof von Sens designirt ist, hat an Goutheboulard ein Schreiben gerichtet, in welchem er dessen Erklärungen zustimmt.

Petersburg, 1. Dezember. Bei der Rückreise des Kaiserpaares aus der Krim waren auf der ganzen Strecke an den Stationen Landleute zusammengeströmt, um dem Zaren Bittschriften zu überreichen und ihn um Hilfe gegen die Hungersnot anzuflehen. Ferner meldet man aus der Provinz, daß in manchen Ortschaften die Bauern die Heuschober der Grundeigentümer in Brand stecken und daß in Folge der Zügellosigkeit, welche mehr und mehr unter den Bauern einreißt, Unruhen zu befürchten seien.

New-York, 2. Dezember. Nach einem Telegramme des „New-York Herald" aus Montevideo hätte der Präsident von Uruguay die Zustimmung zur Schaffung einer neuen Nationalbank infolge der gestellten Bedingungen verweigert.

Deutscher Reichstag.

(Schluß aus dem Ersten Blatt.)

Abg. **v. Kendell** (Reichsp.) kann weder des Antragstellers Anschauungen noch auch seinen praktischen Schlußfolgerungen zustimmen. Selbst Lasker habe seiner Zeit gegen einen früheren, dem heutigen entsprechenden Antrag das Bedenken erhoben, mit der rechtlichen Organisation der Berufsvereine organisire man den Krieg der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber. Und diese Worte seien von bleibendem Eindruck auf den Reichstag gewesen. Daß jene Auffassung Lasker's in der Tat berechtigt sei, erhelle aus der Geschichte zahlreicher Streiks, welche gerade seitens der bestorganisirten Gewerkvereine inszenirt worden seien. Die Annahme des beantragten Gesetzentwurfes würde für die Sozialdemokratie Schutz durch ein Reichsprivileg bedeuten. Und die Unternehmer würden alsdann auswandern müssen nach Ländern, wo man den massenhaften Kontraktbruch wenigstens nicht staatlich privilegire.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.) bezeichnet die ganze hier in Betracht kommende Frage für einer gesetzlichen Regelung dringend bedürftig. Den Arbeitern müsse man dasselbe Recht gewähren, wie den Arbeitgebern, andernfalls — und das treffe für die bestehende Gesetzgebung zu — würden die Unternehmer gesetzlich vor den Arbeitern bevorzugt. Die Arbeitgeber könnten heute Vereinigungen, Kartelle, sogar internationale, schließen, so viel sie wollten. Den Arbeitern dagegen würden, wenn sie sich zu irgend welchen Zwecken vereinigen wollten, tausenderlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Auch zu Verbänden könnten sich die Arbeitgeber-Vereine zusammenschließen, so viel sie wollten. In Sachsen beständen, laut Fabrikinspektorenbericht, Unternehmer-Verbände „zum Schutze gegen Uebergriffe der Sozialdemokraten", also zu einem politischen Zwecke. Was würde man sagen, wenn die Arbeiter Aehnliches wagen wollten? Ein ebenlocher politischer Verband bestehe in Hamburg-Altona (Cigarren-Fabrikanten), während doch den politischen Vereinen verboten sei, zu einander in Beziehungen zu treten. Den Arbeitgebern gewähre man das Recht zu Verrufserklärungen (von Arbeitern), ein Recht, das man den Arbeitern selbstverständlich vorenthalte. In Sachsen, Preußen, Baiern seien 1874 alle Gewerkvereine, die mit einander in Verbindung getreten seien über öffentlichen Fragen: Gefängnißarbeit, Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter u. s. w., aufgelöst worden, weil man die Behandlung solcher öffentlichen Fragen als eine politische Tätigkeit betrachtet habe. Daß Aehnliches auch Arbeitgeber-Vereinen begegnet sei, davon sei nichts bekannt. — Der vorliegende Antrag aber löse die Fragen, um die es sich hier handle, nur mangelhaft; auf das Wohlwollen der Behörden dürfe man sich nicht so, wie es in diesem Gesetzentwurf geschehe, verlassen. Wenn man gegen die rechtliche Organisation der Arbeiter einwende, das sie die Streiks fördern würde, so sei das keineswegs von vornherein richtig. Wenn jetzt so mannigfach zwecklose, erfolglose Streiks begonnen worden seien, so liege das hauptsächlich mit daran, daß die unorganisirten Arbeiter über die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel keine Uebersicht gehabt, sie überschätzt hätten. Organisirte Arbeiter würden wissen, über welche Mittel sie verfügen, und einen Streik nur noch dann anfangen, wenn sie des Erfolges sicher sein können. Man habe doch so viel Militär, weshalb fürchte man sich denn also so sehr vor den Arbeiterorganisationen? In England und Amerika hätten die Regierungen nicht so viel Macht in der Hand und fürchteten sich doch nicht vor den organisirten Arbeitern.

Abg. **Hartmann** (kons.) widerspricht hauptsächlich den Ausführungen des Vorredners. Die sozialdemokratischen Abgeordneten seien nicht, wie die anderen Abgeordneten alle, Vertreter des ganzen Volkes, sondern Vertreter nur einer Klasse, der Arbeiter. Diesen gebühren nach Ansicht der Sozialdemokraten alle Rechte, den Arbeitgebern gar keine. Die Kommission, welcher der vorliegende Gesetzentwurf überwiesen werden dürfte, würde vor Allem zu überlegen haben, wie stellt sich derselbe zu den Vereinsgesetzen der Einzelstaaten? Und die Kommission würde die Frage aufzuwerfen haben, ob es bereits an der Zeit sei, an die Vereinsgesetze der Einzelstaaten, die ja allerdings zum Teil veraltet seien, eine allgemeine gesetzliche Regelung für das Reich treten zu lassen. Und die Beantwortung dieser Fragen werde jedenfalls großen Schwierigkeiten begegnen.

Abg. **Hitze** (Zentrum) glaubt ebenfalls an diese Schwierigkeiten und daß die einzelstaatlichen Vereinsgesetze veraltet seien. Aber hauptsächlich wolle und müsse er dem Standpunkt v. Kendell's entgegentreten, als ob der vorliegende Gesetzentwurf die Arbeiter nur zum Kriege gegen die Arbeitgeber organisiren wolle. Das sei durchaus nicht der Fall, der Gesetzentwurf wolle nichts, als für die bestehenden Vereine eine gesetzliche, rechtliche Anerkennung zu schaffen. Dieses Gesetz werde nicht dem Unfrieden dienen, sondern vielmehr die stürmische Bewegung in ruhigere Bahnen leiten. Das Zentrum habe bereits bei der Gewerbeordnungs-Novelle eine dahin zielende Resolution eingebracht. Ihm sei auch der Gedanke der Arbeiterkammern sympathisch, und er möchte der Regierung aus Herz legen, sich dieser Sache anzunehmen.

Abg. **Möller** (nat.-lib.) ist mit einem Teil seiner Partei Gegner des beantragten Gesetzentwurfs. Er habe nichts dagegen, wenn derselbe in der Kommission beraten werde, aber für bedenklich halte er ihn jedenfalls. Zumal im gegenwärtigen Augenblicke würde ein solches Gesetz den Kampf zwischen Arbeitern und Arbeitgebern nur verschärfen. Wenn man auf England hinweise, so meine er doch, auch dort hätten sich bereits Verhältnisse und Stimmung hinsichtlich der Gewerkvereine in neuerer Zeit sehr geändert. Man habe dort eingesehen, daß die Gewerkvereine doch mehr und mehr von den Sozialdemokraten beherrscht und deren Werkzeug würden.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. **Heine** (Soz.-Dem.) äußert sich, hauptsächlich gegen von Kendell und Hartmann potentisirend, nochmals für ausgiebigste Erweiterung des Koalitionsrechtes der Arbeiter. Als erster Paragraph müsse jedenfalls in den Gesetzentwurf die Bestimmung hinein: alle demselben entgegenstehenden Bestimmungen der einzelstaatlichen Vereinsrechte sind aufgehoben. Herr v. Kendell habe vorhin gesagt, dieses Gesetz verleihe den Sozialdemokraten die Weihe der schwarzweißroten Fahne. Darauf müsse er ihm erwidern: die Sozialdemokraten wollen nichts wissen von der schwarzweißroten Fahne, sie wollen vielmehr weiter unter der roten Fahne marschiren, wie bisher.

Abg. **Schneider** (freis.) empfiehlt noch als Mitantragsteller in einem Schlußworte den Gesetzentwurf, namentlich unter Hinweis auf die Erfahrungen in England.

Präs. **von Levetzow** ruft jetzt nachträglich den Abg. Heine zur Ordnung. Wer so wie dieser von der schwarz-weiß-roten Fahne spreche, die der Reichstag hochhalte, der setze den Reichstag herab. (Beifall.)

Der Gesetzentwurf geht sodann an eine besondere Kommission.

Morgen 1 Uhr: Krankenkassengesetz.

Parlamentarische Nachrichten.

§§ Der Reichskanzler Herr von Caprivi hat an sämmtliche Mitglieder des Reichstages, welche ihre Karte bei ihm abgegeben, Einladungen zu einem parlamentarischen Essen ergehen lassen. Des beschränkten Raumes wegen sind jedoch die Einladungen nicht für alle Teilnehmer auf denselben Tag erfolgt, vielmehr empfängt Herr von Caprivi seine parlamentarischen Gäste nacheinander am 3., 6. und 8. Dezember.

*** Der sächsische Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Schreck ist am 30. November gestorben. Schreck war ein eifriges Mitglied der alten sächsischen Fortschrittspartei, als deren Wortführer er bei verschiedenen wichtigen Fragen auftrat. Auch dem Norddeutschen Reichstage hat Schreck als Vertreter von Pirna-Stolpen (8. Sachsen) angehört; 1869 legte er sein Mandat nieder.

*** Der Reichstagsabg. Geistliche Rat Müller (Berlin), welcher den oberschlesischen Wahlkreis Pleß, seit langen Jahren als Mitglied des Zentrums vertrat, hat sein Mandat niedergelegt.

Zur Arbeiterbewegung.

fi **Berlin**, 2. Dezember. Die ausständigen Buchdrucker hielten heute Nachmittag, nach vierwöchentlichem Ausstande, wieder eine große Versammlung im Saale der Bockbrauerei ab, um den Bericht des Vorstandes über die gegenwärtige Situation des Ausstandes entgegenzunehmen. Die Versammlung war wiederum von gegen 2500 ausständigen Setzern, Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen besucht. Herr Besteck berichtete über den bereits bekannten Vermittlungsversuch des Magistrats-Assessor Dr. Freund, welcher an der Hartnäckigkeit der Prinzipal-Vertreter gescheitert ist. Auf die Forderung, nach vierwöchentlicher Dauer des Ausstandes auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu verzichten, konnten die Gehilfen-Vertreter nicht eingehen, dazu habe der Ausstand bereits zu viel gekostet und stehe für die Gehilfen viel günstiger, als die Prinzipale öffentlich zugeben. Herr Bürenstein habe in der Sitzung der Prinzipale am 23. November selbst gesagt: er freue sich, daß diese Woche wieder so ohne größere Verluste für die Prinzipale vergangen sei. Das gestehe man sich aber nur privatim ein, in der Oeffentlichkeit suche man dagegen mit Unterstützung der Presse das Gegenteil zu verbreiten. Tatsächlich stehe es um den Ausstand sehr gut, in vielen Druckereien haben die Eingestellten die Arbeit wieder niedergelegt und die Unterstützungsmittel befinden sich in einem so guten Zustande, daß den verheirateten ausständigen Setzern sogar eine Erhöhung auf das Unterstützungsgeld von wöchentlich 21 Mark von jetzt ab gewährt werden könne. Diese Mitteilung rief unter den Ausständigen selbstverständlich eine freudige Bewegung hervor. Nicht sehr glimpflich ging der Redner mit den hartnäckigen Prinzipalen und der lügnerischen Presse um. Die Ausständigen können, wie Herr Besteck am Schlusse seiner Ausführungen bemerkt, es aushalten, bis es den Herren Prinzipalen beliebt, mit denselben in Unterhandlungen zu treten und lange werde dies nicht mehr dauern, denn der Zuzug hat aufgehört und immer mehr kommen die Prinzipale zu der Ueberzeugung, daß sie mit den „Nothelfern" denn doch nicht auskommen können.

Nach dem lebhaften Beifall, welchen dieser Bericht über die „Situation" hervorrief, hielt es Herr Eitler, der Hauptkassirer des Unterstützungsvereins der Buchdruckergehilfen, für angezeigt, zu bestätigen, daß der „Draht" noch lange nicht alle sei. Derselbe sei „telephonisch" und reiche bis „über das Meer"; er werde nie alle werden. (Erneuter rauschender Beifall.) Herr Eitler schloß mit der Versicherung, daß es unter den ausständigen Buchdruckern, seiner Ueberzeugung nach, keinen „Hallunken" gebe, welcher an seinen Berufsgenossen zum Verräter werden könnte.

Auch der Gau-Vorsitzende Heide-Dresden und der Gaukassirer Steinbrück-Dresden schilderten den Ausstand im rosigsten Lichte und ermahnten zum treuen Ausharren. Die Bewegung nehme einen internationalen Charakter an, und so leicht, wie die Prinzipale die Geister riefen, würden sie dieselben nicht los werden. Die Ausständigen werden erst in geschlossenen Reihen in die Buchdruckereien wieder einziehen. (Abermaliger rauschender Beifall.)

In der weiteren Debatte wurde das Verhalten der berliner Streik-Kontroll-Kommission, welche eine Unterstützung des Buchdrucker-Ausstandes abgelehnt, einer scharfen Kritik unterzogen. Der Vorsitzende der Versammlung, Herr Philipp Schmitt, wie der Delegirte Silberg bemerkten indessen, daß die Buchdrucker die Streik-Kontroll-Kommission nicht brauchen, ihr Beschluß könne denselben deshalb gleichgiltig sein.

Eine Resolution zu fassen, erklärte Herr Schmitt für unnötig. Die Parole laute: „Es wird fortgestreikt!" Mit einem Hoch auf die Forderungen der Buchdrucker trennte sich die Versammlung der Ausständigen um 6 Uhr Abends.

Den verheirateten Ausständigen sollen fortan wöchentlich 23 M. und Denjenigen, welche mehr als zwei Kinder haben, 24 M. gezahlt werden.

Kleine Chronik.

Berlin, den 2. Dezember 1891.

† **Der Kaiser** wird der am 13. d. M. auf Schloß Remplin stattfindenden Vermählung des Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg mit der Herzogin Helene von Mecklenburg-Strelitz beiwohnen.

† **Der Kaiser** empfing heute im Neuen Palais den Gouverneur von Kamerun, Zimmer, sowie den Chef der Viktoriaee-Expedition, Oskar Borchert. Die Herren Zimmerer und Oskar Borchert werden in den nächsten Tagen von Berlin nach Afrika abreisen.

† **Bei der Vereidigung der Rekruten** in Berlin und Potsdam soll bekanntlich der Kaiser auf mögliche „Kämpfe im Innern" angespielt haben. Jetzt bringt die „Neiher Presse" nach dem Privatbrief an einen neiher Freund den angeblichen Wortlaut der vom Kaiser in Potsdam gehaltenen Ansprache, in welcher die Soldaten auf die in Folge der „sozialistischen Umtriebe" möglicher Weise bevorstehenden Kämpfe, in scharfen, eindringlichen Worten hingewiesen wurden. Da wir nicht annehmen können, daß der Kaiser die Worte in der Fassung, wie sie der potsdamer Briefschreiber — anscheinend ein Rekrut — wiedergiebt, gesprochen hat, so stehen wir von der vollständigen Veröffentlichung ab, bis die Echtheit des Textes festgestellt ist.

† **In hiesigen Hofkreisen** beabsichtigt man, wie die „Kreuz-Ztg." bestimmt hört, Konzerte und ähnliche Veranstaltungen zum Besten der russischen Notleidenden zu treffen. Die „Kreuz-Ztg." bemerkt hierzu mit Recht: Wir könnten die Tatsache, wenn sie aus dem Stadium der Absicht heraustreten sollte, nur bedauern. Nach der Abweisung, welche der Bergmann-Harnackschen Aufruf in der russischen Presse gefunden hat, wäre ein erneutes Liebesmühen nur schlecht angebracht.

† **Den Kaisern Wilhelm I. und Friedrich** will die Stadt Teltow ein Denkmal errichten. Ein Komite wird in diesen Tagen die Vorbereitungen treffen.

†ar **Zur Errichtung der Denkmäler** für die nationalen Freiheitsdichter in Berlin hat sich ein studentisches Zweigkomite gebildet.

†k **Aus Breslau** meldet uns ein eigener Drahtbericht: Der sozialdemokratische Abgeordnete Kunert kündigt in der hiesigen „Volkswacht" einen umfangreichen Geheimbundsprozeß (?!) an. Gegen Geiser, Liebknecht's Schwiegersohn, sei bereits die Voruntersuchung eingeleitet.

† **Am 31. Oktober waren es 40 Jahre her**, daß der Reichstags-Abgeordnete Bamberger von dem Schwurgericht zu Zweibrücken wegen Beteiligung am badischen Aufstande zum Tode verurteilt worden war. Bei einer dieser Tage stattgehabten festlichen Vereinigung von Mitgliedern der freisinnigen Partei wurde unter großer Heiterkeit der Tafelrunde der Wortlaut des Urteils, dessen Mitteilung an Herrn Bamberger damals „dem Nachrichter" vorbehalten sein sollte, verlesen. Auch machte eine Photographie die Runde, welche den Marktplatz zu Zweibrücken abbildete, auf dem das Schaffot zur Vollstreckung des Urteils errichtet worden wäre, wenn man nämlich des Herrn Bamberger habhaft geworden wäre. Glücklicherweise war dies damals nicht der Fall.

† **Der unbesoldete Stadtrat Schmidt** hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt.

† **Der Generalarzt a. D. Dr. Ochwaldt** ist gestern im Alter von 78 Jahren gestorben.

---

um ihn vorüber zu lassen. Ich erkannte einen unserer eigenen Wagen. Die alte Dame saß darin und nickte mir lächelnd zu.

„Fährst Du auch nach Genf, Denise?" fragte sie.

„Ja, gnädige Frau."

„Ich werde eine Stunde vor Dir dort sein, ich muß nach der Post, dort etwas in Empfang zu nehmen," sagte sie. „Ich sehe, Sie haben da einen Brief von meiner Tochter in der Hand, den sie unverzüglich abgegeben zu sehen wünscht. Es wird deshalb besser sein, wenn ich ihn besorge."

„Mir blieb nichts übrig, als zu gehorchen und ich lieferte ihr den Brief bereitwillig aus. Da ich nichts Böses argwöhnte, erwähnte ich von dem Abenteuer nichts zu Fräulein Beatrix, um so weniger, als sie nicht wieder von dem Briefe mit mir sprach. Würde sie es getan haben, so hätte ich ihr zweifellos erklärt, daß ihre Mutter mir den Brief abgenommen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß die seltsamen und schrecklichen Dinge, die sich kaum drei Jahre später ereigneten, vermieden worden wären.

„Die alte Dame war seit jenem Vorfall außerordentlich höflich gegen mich. Beständig hatte sie mir Fragen über meinen Herrn vorzulegen.

„Ist er sehr reich?" erkundigte sie sich.

„Ja, gnädige Frau."

„Und er stammt aus einer vornehmen Familie?"

„Ja, gnädige Frau."

„Es ist schade, daß er Bücher schreibt. Aber er steht dennoch in hoher Achtung, nicht wahr, Denise?"

„Niemand kann mehr geschätzt werden, als Herr Almer, gnädige Frau."

„Und daß er edel und großherzig ist, habe ich selbst erfahren."

„Hundert Fragen dieser Art wurden mir gestellt, zuweilen wenn das Fräulein zugegen, zuweilen wenn die Mutter mit mir allein war. Während das geschah, bemerkte ich oft, daß Fräulein Beatrix in großer Aufregung aus dem Zimmer ihrer Mutter kam. Einem Manne können solche Zeichen verborgen bleiben, einer Frau nicht. Ich bin überzeugt, daß Herr Almer nichts von dem ahnte, was zwischen Mutter und Tochter vorging.

„Eines Tages erschien die alte Dame mit einem freudestrahlenden Gesicht unter uns. Sie sprach sehr herablassend mit den Dienstboten und tat Alles, uns zu zeigen, wie liebenswürdig sie sein könnte.

„Welch ein Wetterumschlag!" riefen wir Alle.

Der Grund wurde uns bald klar. Unser Herr war mit ihrer Tochter verlobt.

„Keiner von uns bedauerte das. Wir Alle liebten Fräulein Beatrix und wir sprachen mit aufrichtiger Freude von der bevorstehenden Hochzeit.

„Ist es wahr, Fräulein? Darf ich Ihnen Glück wünschen?" fragte ich.

„Ja, ich bin mit Herrn Almer verlobt," erwiderte sie.

„Sie bekommen einen sehr guten Mann und werden sehr glücklich sein," sagte ich.

„Aber in ihrem Wesen lag etwas, das mich befürchten ließ, die Veränderung ihrer Lage habe sie hochmütig gemacht. Sie war so kühl und ablehnend, so ganz anders, als sie bisher gegen mich gewesen war.

„Das alte Haus war wieder heiter. Veränderungen und Verbesserungen wurden getroffen, und sehr bald strömten wieder Gäste herbei, die kamen und gingen, lachten und tanzten, als wäre das Leben ein einziger Feiertag.

„Aber Fräulein Beatrix war nicht so leichtherzig, wie in früheren Tagen. Sie bewegte sich langsam umher, und mit einer gewissen Traurigkeit, die von sehr Vielen bemerkt wurde. Ich dachte manchmal, daß die Betrachtungen über die Wandlung in ihrem Leben sie ernster gestimmt hätten, oder daß sie sich noch nicht von der Erschütterung über ihres Vaters Tod zu erholen vermocht. Die alte Dame schwamm in einem Meer von Seligkeit, befahl hier und befahl dort und nahm eine Miene an, daß man hätte glauben sollen, sie selbst, nicht ihre Tochter, stände im Begriff, sich zu verheiraten.

„Herr Almer tat nichts, Fräulein Beatrix zu beunruhigen. Er war ihr in tiefster Zärtlichkeit ergeben und widmete ihr die treueste Liebe. Jede Frau wäre stolz darauf gewesen, in solcher Weise vergöttert zu werden. In Geschenken für das schöne Mädchen, das bald seine Frau werden sollte, wußte er sich nicht genug zu tun. Ich sah nie so wunderbaren Schmuck, wie er ihn brachte, und er schien beständig darüber nachzusinnen, was ihr Vergnügen machen könnte. Wenn jemals eine Frau Ursache hatte, sich glücklich zu schätzen, war sie es.

(Fortsetzung folgt.)